

Rundschreiben



3/2010

Mai 2010

Personalratswahlen 2010

DSTG gewinnt einen Sitz hinzu!

Vom 03. - 11. Mai 2010 fanden die diesjährigen Wahlen zum Personalrat der Steuerverwaltung bei der Finanzbehörde Hamburg statt. Die DSTG Hamburg hatte den „Wahlkampf“ unter das selbe Motto wie den Gewerkschaftstag - **„Konzepte statt Chaos“** - gestellt.

Nach dem Wahlergebnis, das der Wahlvorstand am 12. Mai verkündete, stellt die DSTG für die nächsten vier Jahre 16 von 17 Mitgliedern des Personalrates. Dabei entfallen auf die Beamtenvertreter 14 und auf die Tarifvertreter 3 Sitze.

Zwar ist die Wahlbeteiligung gegenüber den Wahlen 2006 auf 48 % (Beamte) und 43,3 % (Tarifbeschäftigte) gestiegen, dennoch ist nach Ansicht der DSTG der Anteil der Nichtwähler viel zu hoch. Insbesondere das Finanzamt für Verkehrsteuern und Grundbesitz mit gerade einmal 25 % Wahlbeteiligung gibt zu denken.

Der Personalrat setzt sich in seiner Gesamtheit für alle Beschäftigten in der Steuerverwaltung ein. Dies ist nach dem Hamburgischen Personalvertretungsrecht gesetzlich geregelt. Dabei ist es nicht notwendig Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Zwar werden die DSTG-Mitglieder des Personalrats von den Delegierten des Gewerkschaftstages gewählt und auch von der DSTG bzw. dem dbb hamburg geschult, aber vertreten müssen sie alle Beschäftigten.

Vielleicht liegt die geringe Wahlbeteiligung auch daran, dass der Personalrat eher unspektakulär agiert. Aber eine Hauptarbeit des PR besteht in zahlreichen Einzelberatungen, bei denen er in den meisten Fällen eine für alle Beteiligten zufrieden stellende Lösung finden konnte. Vielleicht sollten sich die Nichtwähler fragen, ob sie auch mal Hilfe vom PR benötigen.

In dieser Ausgabe:

Personalratswahlen 2010	1
„Wahlkampf“	2
Beitragsanpassung	3
Neiddebatte zu Beamtenpensionen	3
DBB Bund	4
Der Bürgermeister hält Wort	4
Anzeige „Grüne Reihe“	5
DSTG Jugend HH	6
Organisation	8
Leserbriefe /Kleinanzeigen	8

Die DSTG-Mitglieder des künftigen PR:

Brigitte Blech, Jens Neumann, Michael Jürgens, Jan-Peter Asmussen, Stephan Quas, Thomas Kuffer, Monica Gatzemeier, Lars Schwanholz, Tanja Degner, Michael Schreyer, Renate Siebke, Gerd Köster, Jens Flatt, Michael Westphal, Christian Paulsen und Michael Stripling

Personalratswahlen 2010 Bilder vom „Wahlkampf“



Finanzamt Am Tierpark



Finanzamt Wandsbek

Steuer-Gewerkschaftstag 2010

Maßvolle Beitragsanpassung beschlossen

Es musste leider sein

Nach 16 Jahren stabiler Mitgliedsbeiträge haben die Delegierten des Gewerkschaftstages 2010 im Februar eine maßvolle Erhöhung der Beiträge zum 01. Juli 2010 beschlossen.

Die Beitragserhöhung ist unumgänglich, weil die derzeit gültigen Beiträge bereits seit einigen Jahren nicht mehr kostendeckend sind. Einsparungen bei verschiedenen Ausgabenpositionen (Miete, Büromaterial etc.) stehen erhebliche Preissteigerungen (Mietnebenkosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abführung an die Bundesorganisation etc.) gegenüber. Auch der neue Beitrag ist weiterhin niedrig gehalten und einkommensabhängig gestaffelt. Durch die Anpassung ist weiterhin eine solide Basis gegeben, die gewährleistet, dass die erfolgreiche Arbeit der DSTG mit den vielfältigen Leistungen für die Kolleginnen und Kollegen fortgeführt werden kann.

Alle Mitglieder werden Ende Juni 2010 mit gesondertem Anschreiben über den künftig zu zahlenden, moderaten Beitrag informiert.

Beamtenpensionen - sinnlose Neiddebatten in der BILD

Im April hat die BILD-Zeitung erneut eine Kampagne gegen die Beamtenversorgung gestartet und wie schon so oft dafür gesorgt, dass den Versorgungsempfängern ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Bereicherung zu Lasten der Steuerzahler unterstellt wird.

Dazu ist Folgendes richtig zu stellen:

- ♦ Wegen der beeindruckenden Zahl und der dramatischen Schlagzeile werden kurzerhand die gesamten Versorgungskosten aller Gebietskörperschaften für die nächsten 40 Jahre addiert. Dabei werden jährliche Gehaltssteigerungen von 3 %(!) unterstellt; zu schön, um wahr zu sein.
- ♦ Um den Effekt einer möglichst dramatischen Kluft zwischen den Einkommen der gesetzlich Rentenversicherten und den Beamtinnen und Beamten zu erzielen, werden in der BILD die Pensionsansprüche eines Staatssekretärs mit denen eines Durchschnittsverdieners verglichen.
- ♦ Betriebsrenten, Leistungen der VBL oder andere Zusatzversorgungsleistungen werden bei den gesetzlich Rentenversicherten von der BILD nicht erwähnt.
- ♦ Pensionen werden grundsätzlich in voller Höhe versteuert. Unter Berücksichtigung des steuerlichen Freibetrages sind immer noch 87 % der Pension zu versteuern. Die gesetzlichen Renten werden derzeit mit 50 bis max. 60 % versteuert.

Die Beiträge zur privaten Krankenversicherung steigen im Laufe des Alters der Beamtinnen und Beamten. Von den Pensionären sind mtl. 200 - 300,- EURO zu zahlen; Die BILD geht von deutlich niedrigeren Werten aus.

Wer für die Abschaffung des Berufsbeamtentums plädiert, muss sich auch über die Konsequenzen bewusst sein. Wem nützen streikende Polizisten, Feuerwehrleute, Lehrer oder Steuerbeamte? Das würde dem Gemeinwohl zutiefst schaden.

DBB Bund

DBB Chef Peter Heesen: Öffentlicher Dienst in Deutschland hat Konsolidierungsbeitrag geleistet.

Die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland erweist sich gerade in Krisenzeiten tagtäglich als effizient und verlässlich. „Dieses Engagement, diese Grundsolidität ist noch beeindruckender, wenn man den Blick über die Grenzen nach Europa richtet“, sagte der DBB Chef Peter Heesen auf dem Bundesvertretertag des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) am 07. Mai 2010 in Potsdam.

Heesen erinnerte daran, dass sich die deutschen Staatsdiener auch Reformen nicht verweigert und ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in den vergangenen 15 Jahren geleistet hätten. „Das Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Beschäftigten ist hierzulande weiter gewachsen. Wer im öffentlichen Dienst tätig ist, hat deshalb allen Grund, daraus Selbstvertrauen und Zuversicht zu beziehen“, so Heesen.

„Während in der Privatwirtschaft noch immer mein Wohl vor Gemeinwohl geht und der Jagd nach der schnellen Rendite in Krisenzeiten die

Sozialisierung der Risiken folgt, nimmt der öffentliche Dienst Verantwortung langfristig wahr“, sagte der DBB Chef. So sei - vor allem auf Drängen des DBB - schon Mitte der 90er Jahre damit begonnen worden, eine Kapitaldeckung in der Versorgung einzuführen, um sich angemessen auf die Herausforderungen in diesem Bereich einzustellen. „Ich bin als Bundesvorsitzender unseres gewerkschaftlichen Dachverbandes deshalb sehr enttäuscht darüber, dass von keinem Mitglied der Bundesregierung Kritik daran laut wurde, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen die von den im öffentlichen Dienst Beschäftigten angesparte Versorgungsrücklage einfach im Haushalt versickern lässt, statt den Kapitalaufbau jetzt zu sichern. So geht man nicht mit dem Geld anderer Leute um“, sagte Heesen.

Anmerkung:

Bis jetzt wird mit der Versorgungsrücklage in Hamburg sorgsam umgegangen, sie versickert nicht im Haushalt. Wir hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Die Vertreter des dbb hamburg im Beirat werden darauf achten.

Keine Sparpläne für den öffentlichen Dienst!

Der Bürgermeister hält Wort:

Beim diesjährigen traditionellen Maiempfang für Gewerkschafts-, Personalrats- und Betriebsratsvertreter im Rathaus hat der Erste Bürgermeister Ole von Beust erneut bekräftigt, dass der Senat weder Eingriffe in die Besoldung (bis hin zur Kürzung der Sonderzahlungen) plane noch über eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit nachdenke.

Gute Arbeitsbedingungen seien der Grundstein für einen funktionierenden öffentlichen Dienst. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten trage der öffentliche Dienst eine besondere Verantwortung und dieser Verantwortung werde der öffentliche Dienst in Hamburg in besonderem Maße gerecht.

Hamburg werde sich daher dem Trend in anderen Bundesländern, dem öffentlichen Dienst verschiedenste Sparmaßnahmen aufzuerlegen, nicht anschließen.

Stand: Dezember 2009

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir gegen Rechnung folgende Bücher aus dem Erich Fleischer Verlag:

GRÜNE REIHE

101 Staats- und Verfassungsrecht		
4. Auflage 2001	493 Seiten	37,00 €
102 Abgabenordnung/FGO		
15. Auflage 2005	720 Seiten	44,00 €
103 Einkommensteuer		
22. Auflage 2009	1.452 Seiten	74,00 €
104 Lohnsteuer		
14. Auflage 2004	762 Seiten	45,00 €
105 Gewerbesteuer		
14. Auflage 2009	697 Seiten	55,00 €
106 Körperschaftsteuer		
18. Auflage 2009	1.055 Seiten	58,00 €
107 Volkswirtschaft		
3. Auflage 1996	332 Seiten	30,50 €
108 Handels- und Gesellschaftsrecht		
10. Auflage 2009	416 Seiten	42,00 €
110 Buchführung und Bilanz		
20. Auflage 2007	1.562 Seiten	61,00 €
100 Lösungsheft zu Bd. 110 für die 38 Übungsaufgaben	94 Seiten	9,00 €
111 Umsatzsteuer		
22. Auflage 2008	1.276 Seiten	67,00 €
112 Außenprüfung/Betriebsprüfung		
9. Auflage 2004	745 Seiten	49,00 €
113 Verkehrssteuern		
5. Auflage 2006	481 Seiten	49,50 €
114 Vollstreckung		
6. Auflage 2000	365 Seiten	35,50 €
115 Steuerstrafrecht		
8. Auflage 2004	228 Seiten	29,00 €
116 Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer		
9. Auflage 2010 in Vorbereitung		
117 Internationales Steuerrecht		
3. Auflage 2010	835 Seiten	55,00 €

Praxis-Ratgeber

403 Stille Gesellschaft im Steuerrecht		
8. Auflage 2008	261 Seiten	35,00 €
404 Gemeinnützigkeit im Steuerrecht		
9. Auflage 2008	688 Seiten	55,00 €
409 Die Personengesellschaft im Steuerrecht		
10. Auflage 2009	1.677 Seiten	112,00 €
411 Die GmbH im Steuerrecht		
2. Auflage 2006	1.517 Seiten	98,00 €

Praxisfälle

301 Abgabenordnung		
9. Auflage 2006	275 Seiten	24,50 €
302 Einkommensteuer/Lohnsteuer		
15. Auflage 2010	320 Seiten	29,50 €
303 Umsatzsteuer		
15. Auflage 2008	394 Seiten	32,00 €
304 Bilanzsteuerrecht		
12. Auflage 2006	451 Seiten	31,00 €
305 Körperschaftsteuer		
10. Auflage 2004	508 Seiten	32,50 €
307 Besteuerung von Gesellschaften		
11. Auflage 2009	555 Seiten	38,00 €
309 Finanzgerichtsordnung		
6. Auflage 2003	180 Seiten	22,50 €
310 Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer		
7. Auflage 2010 in Vorbereitung		
311 Buchführung		
7. Auflage 2009	326 Seiten	29,50 €
312 Internationales Steuerrecht		
4. Auflage 2004	337 Seiten	31,50 €
313 Kosten- und Leistungsrechnung		
5. Auflage 2006	366 Seiten	28,00 €
314 Internationale Rechnungslegung nach IFRS		
1. Auflage 2008	191 Seiten	29,50 €

Prüfungsbände

505 Prüfungsklausuren mit Lösungen		
Band 2010, erscheint ca. März/April 2010		
504 Prüfungsklausuren mit Lösungen		
Band 2009	259 Seiten	32,00 €
503 Prüfungsklausuren mit Lösungen		
Band 2008	296 Seiten	32,00 €
Weitere Jahrgänge auf Anfrage beim Verlag erhältlich.		
510 Prüfungsfragen in Testform		
10. Auflage 2004	375 Seiten	33,00 €
521 100 Prüfungsvorträge		
11. Auflage 2007	230 Seiten	31,00 €

Die genannten Preise verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Versandkosten: Bei Lieferung an Privatkunden/Endkunden werden ab einem Warenwert von 50,- € keine Versandkosten berechnet. Bei einem Bestellwert bis zu 50,- € werden die tatsächlich anfallenden Versandkosten berechnet, höchstens jedoch 2,- €.

Ort, Datum

Unterschrift

Mitglieder der DSTG erhalten auf die Bände der *GRÜNEN REIHE* 20 % Rabatt
(Bescheinigung der Mitgliedschaft durch Ihren Ortsverband)

DSTG Jugend Hamburg

Bundesjugendausschusssitzung

Im März war es wieder soweit. Die Vertreter aller Landes- & Bezirksjugendleitungen haben sich in Regensburg getroffen. Für Hamburg reisten Katja Busch (Landesjugendleiterin) und Sabine Kinder (stellv. Landesjugendleiterin) an. Die Bundesjugendausschusssitzungen (kurz BJA) finden zweimal jährlich statt und dienen hauptsächlich der Information und dem Erfahrungsaustausch der Jugendorganisationen der DSTG.

Da dieses Frühjahr Bayern Gastgeber gewesen ist, wurden auch die Begrüßungsworte von der Vorsitzenden des bfg - Bezirksverbandes Nordbayern, Helene Wildfeuer, an die Teilnehmer gerichtet. Das Thema „Die Situation der Finanzverwaltung in Bayern“ sorgte für eine heiße Diskussion, an der sich u. a. der Präsident des bayerischen Landesamtes für Steuern, Herr Dr. Jüptner, rege beteiligte.

Im Anschluss an die Begrüßung und Fragerunde kam der Bundesvorsitzende der DSTG, Dieter Ondracek, zu Wort. Er informierte über die aktuellen Ereignisse auf Bundesebene, wobei er insbesondere auf das Thema Steuerhinterziehung einging.

Nach dem offiziellen Begrüßungsteil stand das restliche Wochenende voll und ganz den rund 50 Mitgliedern der verschiedenen Jugendorganisationen zur Verfügung. Der weitere Verlauf war durch Diskussionen und Arbeitskreise geprägt. Hierbei standen verschiedene Gewerkschaftsthemen, insbesondere die Ausbildung in der Steuerverwaltung und die Öffentlichkeitsarbeit, im Vordergrund.

In den Arbeitsgruppen wurden einzelne Themenschwerpunkte gezielt herausgearbeitet. Es wurden Anregungen und Ideen zusammen getragen, wie man mit Hilfe der Nachwuchswerbung die derzeitige Bewerbersituation evtl. verbessern könnte. Es zeigte sich einmal mehr, dass der Austausch unter den verschiedenen Bundesländern wichtig und hilfreich ist.

Alles in allem sind viele Teilnehmer mit neuen Ideen und Anregungen zurückgekehrt.



Beitrittserklärung faxen an: 040 / 37 50 10 82

Bitte faxen oder im Fensterumschlag senden an

Deutsche
Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11

20457 Hamburg

Beitrittserklärung

(zugleich Bankeinzugsermächtigung)

Ich möchte mich der

DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT

Landesverband Hamburg anschließen und erkläre meinen Beitritt

mit Wirkung vom _____

Name und Vorname in Blockschrift _____

PLZ / Wohnort _____

Straße _____

Geburtsdatum _____ Besoldungs-/Entgeltgruppe _____

Teilzeit: ☐ nein ☐ ja, mit Wochenstunden _____

Finanzamt _____

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich die DSTG, den Mitgliedsbeitrag vierteljährlich mittels Lastschrift von u. a. Konto einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Kontoinhaber _____ Konto _____

Bankinstitut _____ BLZ _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____



DSTG Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon: 040/37 50 10 80/81
Fax: 040/37 50 10 82
E-Mail: buero@dstg-hamburg.de

Sie finden uns auch im Web:
www.dstg-hamburg.de

DSTG– die einzige
Fachgewerkschaft der
Finanzverwaltung.

Wir setzen uns ein für:

- *Verbesserung der Ausbildung*
- *Übernahme der Nachwuchskräfte*
- *Aufgabengerechte Personalausstattung*
- *Gerechte Besoldung*
- *Verbesserung der Aufstiegschancen*
- *Sicherung der Altersversorgung*
- *Kontinuierliche Fortbildung*
- *Gesundheitsförderung*
- *Steuerrechtsvereinfachung*
- *Steuergerechtigkeit*

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

Leserbriefe, Kleinanzeigen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hier ist noch Platz!

An dieser Stelle könnte ihr Leserbrief veröffentlicht werden. Wenn Sie uns also über etwas schreiben möchten, was Sie schon immer geärgert hat oder etwas, worüber Sie sich gefreut haben, schicken Sie uns Ihren Leserbrief.

Ihr Leserbrief kann mit Namen, aber auch anonym veröffentlicht werden.

Der Vorstand der DSTG Landesverband Hamburg freut sich über jede Zuschrift, egal ob positiv oder negativ und auch über Vorschläge für unsere Arbeit im politischen Raum.

Auch für Ihre Kleinanzeige wäre auf dieser Seite Platz. Hier veröffentlichen wir Ihre Kleinanzeige.

Sie möchten etwas verkaufen, suchen eine Wohnung oder ähnliches. Hier können Sie sehen, ob vielleicht eine Kollegin oder ein Kollege helfen kann oder genau das sucht, was Sie los werden wollen

Falls wir eine Kleinanzeige oder einen Leserbrief von Ihnen veröffentlichen sollen, senden Sie diese bitte per Post oder per Mail an unser Büro (Adresse siehe oben).